



Presseinformation

Nr. 261 / 2014

Kiel, Montag, 16. Juni 2014

Bildung / Finanzen

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wolfgang Kubicki: Aus einer grandiosen Vorlage erstaunlich wenig gemacht

Zur künftigen Bildungsfinanzierung und zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Grundsätzlich ist es nicht zu kritisieren, wenn größere finanzpolitische Spielräume für die Stärkung der Bildung in Schleswig-Holstein verwendet werden. Allerdings liegt der Schluss nahe, dass die Koalitionäre das schlechte Gewissen geplagt hat – waren es doch ihre bildungspolitischen Entscheidungen, die große Lücken in die Unterrichtsversorgung gerissen haben. Die kostspielige Errichtung von Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen zum Beispiel bindet Lehrerressourcen, die an anderer Stelle fehlen. Diese von Rot-Grün-Blau verursachten Doppelstrukturen wirken deshalb auf die neuesten Pläne wie Treibsand: Der Verzicht auf Stellenstreichungen wird deshalb bei den Schulen kaum ankommen, weil die Gemeinschaftsschul-Oberstufen viele Kräfte unnötig binden.“

Betrachten wir die Auswirkungen auf den Hochschulstandort Schleswig-Holstein, ist es höchst unanständig, dass die Koalitionäre für ihre Art der Mittelverwendung auch noch gefeiert werden wollen. Denn auch die Hochschulen im Land leiden unter diesen bildungspolitischen Strukturentscheidungen der vergangenen zwei Jahre. Der Dank für die engagierte Arbeit der Hochschulen in den vergangenen Jahren lautet bei SPD, Grünen und SSW wie folgt: Es gibt nichts – bis auf 2 Millionen Euro einmalig (!) für ‚soziale Infrastruktur‘. Eher droht den Hochschulen aus dem Topf des Wissenschaftsministeriums (MBW) weniger Geld, denn das MBW kommt für die ‚*zusätzlichen Kosten für die Lehrerbildung*‘ auf.

Das Ergebnis: Trotz eines noch nie dagewesenen Geldsegens bleibt die strukturelle Unterfinanzierung eine große Gefahr für die Hoch-

schulen. Die Koalitionäre haben damit gezeigt, wie aus einer grandiosen Vorlage aus Berlin möglichst wenig gemacht werden kann.

Die FDP-Fraktion bleibt bei ihrer Forderung: Die frei werdenden Mittel sollen zukünftig entsprechend ihrem bisherigen Anteil an den Kosten für das Bafög etwa zu zwei Dritteln dem Hochschulbereich und etwa zu einem Drittel dem Schulbereich zu Gute kommen. Die Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen sowie die Verbesserung der Qualität der Inklusion bleiben die wichtigsten Herausforderungen der Wissenschafts- und Bildungspolitik in Schleswig-Holstein.“